



Brüssel, 18. Juli 2008

Inge Gräßle (EVP-ED/CDU):

Veröffentlichung OLAF-Bericht zu Bulgarien katastrophal

Indiskretionen können Strafverfolgung nach OLAF-Ermittlungen in der ganzen EU lahmlegen / Desolate Situation in Bulgarien

Die Veröffentlichung eines der bulgarischen Regierung zugeleiteten, vertraulichen OLAF-Untersuchungsberichts zur Verwendung von EU-Geldern hat negative Auswirkungen für die Strafverfolgung in der gesamten EU. Das sagte die CDU-Europaabgeordnete Inge Gräßle. "Die Veröffentlichung in der dortigen Presse und im Internet ist eine Katastrophe", so die Berichterstatterin für die OLAF-Rechtsgrundlage im Haushaltskontrollausschuss des Europaparlaments.

"Das Europäische Gericht erster Instanz hatte erst in der vergangenen Woche Betroffenen im Eurostat-Fall (Verfahren Franchet/Byk gegen EU-Kommission) unter anderem auch deshalb Schadenersatz zugebilligt, weil es Indiskretionen in der Presse und Informationen an das Europäische Parlament über deren Fall gab. Das Gericht sah dadurch die Rechte der Beschuldigten verletzt. Die bulgarische Regierung muss sich fragen lassen, ob die Veröffentlichung des Untersuchungsberichts, die nach dem Eurostat-Urteil erfolgte, nicht dazu dienen soll, die Straftäter vor der Verfolgung zu schützen."

Gräßle verlangt von der Europäischen Kommission, aus grundsätzlichen Erwägungen Berufung gegen das Gerichtsurteil einzulegen. "Künftig können sonst Indiskretionen die Strafverfolgung in der ganzen EU praktisch lahm legen. Die desolate Situation in Bulgarien und die fatale Weitergabe dieser Informationen" erschwert die Strafverfolgung in der ganzen EU außerordentlich."

"Bulgarien stellt eine neue Dimension beim Thema Betrug und Korruption, auf die die EU überhaupt nicht vorbereitet ist. Die Generaldirektion Erweiterung hat dies lange überhaupt nicht wahrhaben wollen und die Probleme unter den Teppich gekehrt. Der letzte Fortschrittsbericht über Bulgarien und Rumänien vom Februar 2008 entstand sogar ohne Mitarbeit und Informationen von OLAF. Das zeigt, dass die Kommission an einem wahrheitsgemäßen Bericht an Rat und Parlament über die wirklichen Zustände in Bulgarien gar nicht interessiert war." Zur Zeit sind von der EU-Fördergeldern für das Land 17 Prozent der Gelder für den Verwaltungsaufbau eingefroren, bei den Agrarmitteln und der Regionalförderung geht es um mehrere Milliarden Euro.

Für weitere Informationen:

Dr. Ingeborg Gräßle MdEP, Tel.: +32 2 284 7868

EVP-ED-Pressestelle, Thomas Bickl, Tel. +32 2 283 2002 oder +32 478 215372